



FRIEDENSGUTACHTEN 2002

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Bonn International Center for Conversion (BICC)
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)

herausgegeben von
Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Christoph Weller,
Ulrich Ratsch und Reinhard Mutz

LIT

3. Frieden ist mehr als Terrorbekämpfung

3.1. Mit Militär gegen Terrorismus?

Als Reaktion auf die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 werden Streitkräfte aus verschiedenen Ländern nicht nur als Schutztruppe in Afghanistan eingesetzt, sondern auch um in zahlreichen Ländern Asiens und Afrikas Terroristen zu bekämpfen. Der "Krieg gegen Terrorismus" dient dabei als Begründung sowohl für diesen internationalen Einsatz als auch für Erhöhungen der Verteidigungshaushalte und für die Beschaffung neuer Waffensysteme in zahlreichen Ländern (vgl. Beitrag 3.3.).

US-Präsident George Bush hat in Reaktion auf die Terroranschläge vom "ersten Krieg des 21. Jahrhunderts" gesprochen, der eine "Militärstrategie des 21. Jahrhunderts" erfordere.¹ Zweifellos ist angesichts der Größenordnung der Anschläge dieser Terrorismus mehr als organisierte Kriminalität. Ob jedoch die Bezeichnung "Krieg" für Terroranschläge und deren Bekämpfung eine adäquate Situationsbeschreibung ist, sei dahingestellt. Ob Krieg oder nicht, seither ist jedenfalls der Ruf nach Einsatz von Streitkräften bei der Bekämpfung des Terrorismus lauter geworden. Was können Streitkräfte tatsächlich zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen?

Die Bekämpfung des Terrorismus als Aufgabe der Streitkräfte

Militärstrategische Konzepte

Das gültige Strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 1999 bezieht sich auf den Begriff "Terrorismus" lediglich an zwei Stellen explizit: In Ziffer 24 werden "Risiken, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens" erwähnt, während Ziffer 53i ausführt, dass die "Streitkräfte und Infrastruktur des Bündnisses (...) vor terroristischen Angriffen geschützt werden" müssen.² US-Regierungen haben dagegen den Terrorismus sehr viel eindeutiger als sicherheitspolitische Bedrohung wahrgenommen und in den Militärstrategiedebatten und entsprechenden Dokumenten thematisiert. Der Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums an den Präsidenten und den Kongress aus dem Jahre 1997 widmete unter der Überschrift "Antwort auf den Terrorismus" diesem Thema ein ganzes Kapitel. Der ehemalige US-Außenminister George P. Shultz wollte schon 1984 dem Terrorismus nicht tatenlos zusehen und plädierte für eine aktive Strategie, die über passive Verteidigung hinaus gehen und Mittel für "*active prevention, preemption, and retaliation*" einschließen müsse.³ "Terrorismus" bedeutet nach der Definition des US-Außenministeriums vorsätzliche, politisch motivierte Gewalt gegen Zivilisten (Non-Kombattanten), die von substaatlichen Gruppen oder von im Geheimen

¹ White House, President George W. Bush: The Global War on Terrorism. The First 100 Days, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/print/100ddayreport.html (abgerufen 4.3.2002), S. 7.

² www.NATO.int/docu/pr/1999/p99-065e.html (abgerufen 5.3.2002).

³ George P. Shultz: Terrorism and the Modern World, in: Department of State Bulletin, December 1984, S. 23, zitiert von Stephen Sloan: In Search of a Counterterrorism Doctrine, in: Military Review, Januar 1986, S. 46.

agierenden Akteuren verübt wird, meist mit der Intention, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. "Internationaler Terrorismus" meint Terrorismus, der Bürger oder das Territorium von mehr als einem Land einbezieht.⁴

Die Frage, was die Streitkräfte konkret bei der Bekämpfung des Terrorismus ausrichten können, wie sie für diese Aufgabe angepasst oder umstrukturiert werden müssen oder welche Bewaffnung hierfür geeignet sein könnte, bleibt bis heute weitgehend unbeantwortet. In Militärzeitschriften werden konkrete Erfahrungen in der Terrorbekämpfung weiterhin kontrovers diskutiert. In militärstrategisch und sicherheitspolitisch orientierten Zeitschriften, in Strategiedokumenten und Auswertungen praktischer Erfahrungen wird fast einheitlich die Auffassung vertreten, dass militärische Maßnahmen nicht die primäre Antwort und schon gar nicht die alleinige Reaktion auf Terrorattacken sein können. Auch verantwortliche Politiker schlossen sich dieser Auffassung an. So beispielsweise Mitte der achtziger Jahre der ehemalige israelische Ministerpräsident Rabin während der ersten Intifada. Er kritisierte den Likud dafür, zur Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes ausschließlich auf die Anwendung von Gewalt und den Einsatz des Militärs zu setzen.⁵

Kennzeichen des Terrorismus

"Des einen Terroristen ist des anderen Freiheitskämpfer" – dieses dem früheren US-Präsidenten Ronald Reagan zugeschriebene Diktum illustriert die Tatsache, dass es keine eindeutige und allgemein akzeptierte Definition von Terror, Terrorismus oder Terroristen gibt, obwohl die oben zitierte Auffassung der US-Regierung eine brauchbare Klassifikation ist. Ebenso umstritten sind die Fähigkeiten der Streitkräfte, als Anti-Terrorinstrument zu fungieren. Geht es um Terror, der wie in Washington und New York unkonventionelle Mittel, nämlich zivil genutzte Flugzeuge, als Waffen einsetzte? Geht es um den möglichen terroristischen Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln (vgl. Beitrag 1.4.) oder gar um Cyberterrorismus? Soll nationalistisch oder ideologisch orientierter, religiös oder von einem Einzelthema motivierter oder staatlich geförderter Terrorismus vom Militär bekämpft oder gar verhindert werden?⁶ "Terrorismus" wird als politischer Kampfbegriff verwendet; daher sind die Grenzen zwischen Terroristen, Guerillas, Partisanen und Freischärlern nicht klar und einheitlich definiert. Offensichtlich ist auf ein so diffuses Bedrohungsszenario keine eindeutige und überzeugende militärische Antwort möglich.

Terrorismus ist unter militärischen Gesichtspunkten im Allgemeinen eine überraschende, zumeist nicht besonders aufwendige Aktion, die den Terroristen große Handlungsspielräume eröffnet und sowohl in der Öffentlichkeit allgemein als auch bei der Klientel der Terroristen große Aufmerksamkeit hervorruft. Im Gegensatz zu Partisanen und Guerillakämpfern verzichten Terroristen auf eine ihnen wohlgesinnte Zivilbevölkerung als Schutz oder zur Unterstützung, da sie sich zur logistischen Unterstützung der Infrastruktur des angegriffenen Gegners bedienen. Terroristen nehmen bewusst den Tod Unschuldiger in Kauf. Sie ziehen es gewöhnlich vor, weiche, nicht geschützte und un-

⁴ US Department of State: Patterns of Global Terrorism 1999, (www.state.gov/www/global/terrorism/1999report/1999index.html).

⁵ Jerusalem Post, 24. März 1989, S. 3, zitiert von Efraim Inbar: Israel's Small War: The Military Response to the Intifada, in: *Armed Forces & Society*, 1991, 1/Fall, S. 36.

⁶ Zu den Arten des Terrorismus Paul Wilkinson: *Terrorism versus Democracy. The Liberal State Response*, London, Portland, 2002, S. 19f.

vorbereitete Ziele anzugreifen. Sie vermeiden es, sich in Kampfhandlungen zu begeben. Die bewaffnete Auseinandersetzung mit Terroristen findet deshalb im Allgemeinen als ein Kampf ohne feste kriegerische Fronten statt. Terroristen sind modernen Streitkräften militärisch unterlegen. Sie suchen deshalb asymmetrische Kampfformen, in denen moderne Waffen keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Denn als schwächer ausgerüstete Akteure hätten sie nicht die geringsten Aussichten, einen Krieg gegen modern ausgerüstete Streitkräfte zu gewinnen. Der Terrorismus ist eine Strategie, mit der militärisch Unterlegene und Schwache sich die Möglichkeit des politischen Agierens durch Gewalt und asymmetrische Konfliktaustragung verschaffen.

Militärische Reaktionen

Die Auseinandersetzung mit Terrorismus ist nach geltendem Recht vor allem eine Aufgabe der Strafverhinderung und -verfolgung, bei der die Streitkräfte möglicherweise Unterstützung leisten können. Der internationale Einsatz von Streitkräften zur Bekämpfung des Terrorismus erfolgt auf umstrittener völkerrechtlicher Grundlage. Da Terrorismus nicht länger als temporäres Phänomen betrachtet werden kann, sollten offenkundige Defizite im internationalen Recht rasch beseitigt werden.

Grundsätzlich kann Terrorismus durch Prävention, Abschreckung oder Vergeltung bzw. Strafverfolgung bekämpft oder verhindert werden. In welchem dieser Bereiche – und ob überhaupt – Streitkräfte hierbei eine herausragende Rolle spielen können, ist kontrovers. Der Kampf gegen Nuklearterroristen ist zweifellos durch Prävention (vor allem Verhinderung der Proliferation von Waffen und Nuklear-*Know-how*) zu gewährleisten. Dies ist jedoch nicht eine vorrangig militärische Aufgabe, sondern durch Kontrollregime zu gewährleisten. Ob Abschreckung geeignet ist Terrorakte zu verhindern, ist fraglich. Können Terroristen, die bereit sind ihr eigenes Leben in einem Terrorakt zu opfern, überhaupt abgeschreckt werden? Setzt Vergeltung – beispielsweise durch militärische Maßnahmen gegen Staaten, die Terroristen unterstützen – eine Spirale der Gewalt in Gang und bewirkt damit eine Stärkung des Terrorismus?

Erfahrungen der Streitkräfte in der Terrorbekämpfung

Die Streitkräfte zahlreicher Länder verfügen, zum Teil aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungen, über Erkenntnisse im Kampf gegen Aufständische, Partisanen, Guerilla und Terroristen: Großbritannien in den ehemaligen Kolonien und bis heute in Nordirland, Russland gegenwärtig in Tschetschenien und in den achtziger Jahren in Afghanistan, Spanien im Baskenland, die Philippinen auf Mindanao, Indien in Kashmir sowie in den Bundesstaaten Manipur, Assam, Tripura und Nagaland, Sri Lanka im Nordteil der Insel, Israel in den besetzten Gebieten und im Libanon, Kolumbien zusammen mit den US Streitkräften in der Drogen- und Guerillabekämpfung usw..

Mit sehr unterschiedlichen Konzepten setzten Regierungen die Streitkräfte in diesen bewaffneten Konflikten ein. Die Einsätze reichen von Aktionen, die an polizeilichen Methoden ausgerichtet waren, bis zu Flächenbombardements, von Konzepten, die *hearts and minds* der Gegner zu gewinnen, bis zu kollektiven Vergeltungsmaßnahmen und der gezielten Tötung der Anführer. Obwohl manche dieser Aktionen militärisch erfolgreich waren, führten sie nur selten politisch in dem Sinne zum Ziel, dass ein Ende der Gewaltakte oder

gar ein Friedensvertrag abgeschlossen und eine Konfliktlösung erzielt wurde. Die lang anhaltenden Auseinandersetzungen und die offene gewaltsame Austragung der Konflikte – wie beispielsweise im Nahen Osten – belegen diese Feststellung. Auch die Erfahrungen der russischen Streitkräfte in Afghanistan und Tschetschenien oder die der britischen Streitkräfte in Nordirland zeigen, dass vorrangig militärisch orientierte Strategien keine Lösung des Problems bewirkten. Die russischen Streitkräfte setzten in Tschetschenien lange Zeit vergeblich auf massive militärische Feuerkraft und kollektive Vergeltungsmaßnahmen. In der britischen Armee spielen Militärdoktrinen über die Führung von “kleinen Kriegen” aufgrund der Erfahrungen mit der Niederschlagung von Aufständen in den ehemaligen Kolonien eine wichtige Rolle. Die Analyse des Einsatzes der britischen Streitkräfte gegen den Terrorismus in Nordirland macht deutlich, dass dieses Konzept sowohl politisch als auch militärisch ein Fehlschlag war. Nach großen Verlusten und dem Scheitern in einer politischen Sackgasse reduzierte die britische Regierung ihre Militärpräsenz. In Geheimgesprächen zwischen der britischen Regierung und der IRA seit dem Ende der achtziger Jahre wurde beiderseits *de facto* ein militärisches Nullsummenspiel konstatiert und der Weg für eine politische Lösung des Konfliktes geebnet. Der Friedensprozess der neunziger Jahre, der letztlich zur politischen Anerkennung und Mitwirkung der ehemaligen “Terroristen” am Friedensabkommen führte, traf parallel zu den konstitutionellen Vereinbarungen – und unter tatkräftiger externer Vermittlung – Vorkehrungen zur Entmilitarisierung und Reform der staatlichen Sicherheitskräfte sowie zur Abrüstung der paramilitärischen Organisationen (vgl. Beitrag 4.5.).

Welche Schlüsse hieraus für die heutige Rolle der Streitkräfte im Kampf gegen den Terrorismus gezogen werden können, soll im Folgenden anhand früherer Erfahrungen der Streitkräfte Israels und der USA illustriert werden.

Die Rolle der Streitkräfte Israels im Kampf gegen die Palästinenser

Israels Streitkräfte haben auf den Kampf und die Aufstände der Palästinenser, in dem Terroranschläge von großer Bedeutung sind, zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit sehr unterschiedlichen Strategien reagiert. Während die Streitkräfte bei den Flugzeugentführungen durch Palästinenser in den sechziger Jahren eine untergeordnete Rolle spielten, wurden sie im Laufe der Zeit immer stärker darauf ausgerichtet, “kleine Kriege” zu führen, um vor allem Guerillaaktivitäten zu verhindern bzw. den Schaden von Anschlägen zu minimieren. Ursprünglich waren die Streitkräfte aufgrund der Erfahrungen in den verschiedenen Kriegen daran orientiert, mit schnellen und entscheidenden Schlägen kurze Kriege zu führen und zu gewinnen.

Die erste Intifada in den achtziger Jahren, das Engagement der israelischen Streitkräfte im Libanon Mitte der neunziger Jahre und die derzeitige zweite Intifada veranlassten die Verantwortlichen zu einer Anpassung der Streitkräfte an diese Situation. Heute schließen die Aktionen der Streitkräfte das gesamte für “kleine Kriege” charakteristische Spektrum ein: neben Bodenoperationen auch Bombardierungen und gezielte Tötung von Anführern. Die Regierung Sharon versucht mit massivem Militäreinsatz und militärischer Härte auf palästinensische Anschläge zu reagieren. Gewalt wird mit Gegengewalt beantwortet und löst damit erneute Vergeltungsschläge aus (vgl. Beitrag 4.1.).

Auf die erste Intifada in den achtziger Jahren reagierte die Regierung Israels unter Ministerpräsident Rabin zunächst mit ökonomischen Maßnahmen. Israels Streitkräfte hatten Anweisung, sich in dieser Anfangsphase möglichst von den Aufrührern fern zu halten, wohl aber den "harten Kern" zu isolieren, der sich an Terrorakten beteiligte.

In der nächsten Phase, die die Regierung als eine Gefährdung der Existenz des Staates Israel eingeschätzte, sollten die Streitkräfte dann der Gewalttätigkeit ein Ende bereiten. Ziel des Streikräfteeinsatzes war es, mit begrenzter Gewaltanwendung abzuschrecken. Die Regierung erhöhte die militärische Präsenz deutlich; sie lockerte die Vorschriften für den Gebrauch der Schusswaffen, und die Streitkräfte verlegten Kommando- und Eliteeinheiten in die besetzten Gebiete, in denen sie neue, wirksamere Munitionsarten gegen Palästinenser einsetzten.

Ende der achtziger Jahre kam die Regierung Rabin allmählich zu der Überzeugung, dass durch Militäreinsatz die Gewalttätigkeiten nicht beendet werden konnten und räumte ein, dass es den Streitkräften nicht gelungen sei, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen. Eine Mischung aus verstärkter Militärpräsenz, spezialisierter Ausbildung, dem Einsatz von Spezialkräften und einem höheren Anteil Berufssoldaten sowie verstärkte nachrichtendienstliche Tätigkeit und die Entwicklung einer Doktrin zu taktischen Aspekten des Militäreinsatzes sorgten für eine Anpassung der Streitkräfte an diese Art der Auseinandersetzung. Restriktivere Vorschriften über den Gebrauch der Schusswaffen und ähnliche Maßnahmen führten schließlich zu einem Abbau der Spannungen, zu einer Senkung der Zahl der Todesopfer unter den Palästinensern und einer gewissen Befriedung in den besetzten Gebieten, nicht jedoch zu einer Beendigung des Konfliktes. Schließlich war es politisch möglich, durch starke Einflussnahme aus dem Ausland den Osloer Friedensprozess zu beginnen.

Auch die militärischen Operationen gegen die Hizbollah im Libanon im Jahr 1996 unter dem Namen *grapes of wrath* (Früchte des Zorns) zeigen die Grenzen militärischer Terrorbekämpfung deutlich auf. Sie brachten nicht den erwarteten Erfolg. Hauptziel des Eingreifens der israelischen Streitkräfte war, die Raketenangriffe der Hizbollah auf israelische Siedlungen zu stoppen. Nachdem die politischen Vermittlungsversuche der USA gescheitert waren, erhielt die israelische Luftwaffe im Frühjahr 1996 grünes Licht für die Operation "Früchte des Zorns". Um die Verluste unter der Zivilbevölkerung zu minimieren, erklärte Israel eine definierte Zone im Südlibanon als Kriegsgebiet und forderte die Bevölkerung auf, dieses Gebiet zu verlassen.

Die Hizbollah operierte in kleinen Gruppen und ohne breit angelegte logistische Infrastruktur mit einer *hit and run*-Taktik. Die Mehrzahl ihrer Kämpfer wich mit der Bevölkerung nach Norden aus, während lediglich kleine, gut organisierte Raketenruppen, die ihre Stellungen ständig wechselten, im Südlibanon blieben. Die Hizbollah griff auf technisch einfache, tragbare, einrohrige Raketenwerfer zurück, deren Abschuss nach Abzug der Raketenruppen von Zeitzündern ausgelöst wurde. Sie verzichtete auf die ebenfalls verfügbaren radargelenkten russischen Mehrfachraketenwerfer um von den Streitkräften Israels nicht entdeckt zu werden. Für die israelische Luftwaffe stellten daher die Raketenstellungen der Hizbollah kaum auszumachende Ziele dar. Auch der Einsatz unbemannter israelischer Drohnen über dem Kampfgebiet konnte der israelischen Luftwaffe keine Echtzeitinformationen über die Stellungen der Hizbollah verschaffen. Bis die israelische Luftwaffe die Stellungen lokalisiert hatte, befanden sich die Raketenruppen bereits an einem anderen Ort. Die Zahl der Raketenangriffe nahm weiter zu. Als die israelische

Bevölkerung immer drängender die Beendigung der Raketenangriffe der Hizbollah auf Kiryat Shmone forderte, wurde die Luftwaffe beauftragt, die Abschussrampen der Hizbollah mit Jagdbombern und Kampfhubschraubern zu bekämpfen, die jedoch trotz ihrer modernen Technik für diese Auseinandersetzung nicht geeignet waren. Als ein israelischer Angriff tragischerweise das von der UNO geschützte Lager von Kafr Quana traf und viele zivile Opfer zu beklagen waren, musste Israel die Operation auf internationalen Druck hin abbrechen.

US-Vergeltungsschläge gegen Terroristen

Terroristische Organisationen führten in den letzten Jahren zahlreiche Anschläge gegen US-Einrichtungen (wie die Botschaften in Kenia und Tansania), US-Militärstützpunkte und Kriegsschiffe im Ausland aus. Das US-Verteidigungsministerium unterscheidet zwischen *Anti-Terrorism* und *Counter-Terrorism*. Mit *Anti-Terrorism* werden defensive Maßnahmen zur Verringerung der Verwundbarkeit von Personen oder dem Schutz von Einrichtungen definiert. Vor allem wird die Sammlung von nachrichtendienstlichen Informationen als die erste Verteidigungslinie bezeichnet. Unter *Counter-Terrorism* werden Prävention, Abschreckung und Vergeltung von Terrormaßnahmen verstanden.⁷ Im Jahresbericht 2001 fügt das Verteidigungsministerium noch zwei Aspekte hinzu: das Management der Konsequenzen terroristischer Anschläge, um die Schäden möglichst gering zu halten, und Unterstützung nachrichtendienstlicher Tätigkeit als eigenständiger Bestandteil der Terrorbekämpfung.⁸ Die künstliche und defintitorisch nicht klare Trennung zwischen Anti- und Counter-Terrorismus ist ein Hinweis auf die Schwierigkeiten, militärische Konzepte gegen den Terrorismus zu entwickeln, und spiegelt auch die Konkurrenz zwischen den einzelnen Diensten und Teilstreitkräften wider. Obwohl die US-Streitkräfte nicht mehr die in Vietnam von General William C. Westmoreland entwickelte simple und katastrophale Strategie überwältigender Feuerkraft gegen einen militärisch schwächeren Gegner (*“find ’em and fight ’em”*)⁹ anwenden, haben sie bislang keine klar erkennbare überzeugende militärische Anti-Terror-Doktrin entwickelt. Auch der Vierjahresbericht des Pentagon (*Quadrennial Defense Review Report*) vom 30. September 2001, der im Wesentlichen bereits vor dem 11. September fertiggestellt war, aber explizit auf die Terroranschläge in Washington und New York eingeht, zeigt keine klare Militärstrategie zur Bekämpfung des Terrorismus auf. In dem Bericht wird allgemein von einem konzeptionellen Wandel gesprochen. Die Streitkräfte sind nicht mehr an “Bedrohungen” ausgerichtet, sondern “kapazitätsorientiert” strukturiert, um möglichen Gegnern asymmetrische Vorteile vorenthalten zu können. Auch wird auf die Notwendigkeit zur Verteidigung des *homeland* eingegangen,¹⁰ ohne jedoch überzeugend darzustellen, wie dieser Schutz militärisch besser organisiert werden kann.

⁷ US Department of Defense: Annual Defense Report to the President and Congress, 1997, www.defenselink.mil/execsec/adr-97/chap9.html (abgerufen 4.3.2002).

⁸ US Department of Defense: Annual Defense Report to the President and Congress, 2001, www.dtic.mil/execsec/adr-2001/, S. 25 - 26, (abgerufen 4. 3. 2002).

⁹ Zitiert in J. J. A. Wallace: *Manoeuvre Theory in Operations other than War*, in: *Journal of Strategic Studies*, 4/1996, S. 213.

¹⁰ Department of Defense, Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld: *Quadrennial Defense Review Report*, 30 September 2001, www.defenselink.mil/pubs/qdr2001.pdf, S. IV, S. 5 und S. 14 (abgerufen 4.3.02).

Nicht erst seit dem Anschlag vom 11. September 2001 sind sich die US-Streitkräfte darüber klar, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht kurzfristig im militärischen Sinne siegreich sein kann, sondern dass es sich um einen lang anhaltenden Konflikt handelt. Trotz beachtlicher militärischer Dominanz und Bereitstellung moderner Waffensysteme waren einige Operationen der US-Streitkräfte gegen Terror ausgesprochene Fehlschläge, so beispielsweise die 1980 gescheiterte Operation *Eagle Claw* (Adlerkrallen) zur Befreiung von US-Geiseln in Iran. Im Folgenden werden zwei Vergeltungsaktionen – die Bombardierungen in Libyen im Jahr 1986 sowie im Sudan und Afghanistan 1998 – genauer betrachtet.

Die Unterstützung für Terroristen wie die Roten Brigaden in Italien, die Rote Armee Fraktion in Deutschland, die IRA in Nordirland, Hizbollah und Islamic Jihad im Nahen Osten durch den libyschen Präsidenten Muammar Gaddafi veranlassten die US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan, Libyen als primäre Quelle für terroristische Bedrohungen einzustufen. Um auf Terrorakte reagieren zu können – wie Schüsse auf Demonstranten aus der libyschen Botschaft in London im Jahr 1984, die Verlegung von Minen im Roten Meer im gleichen Jahr, durch die neunzehn Schiffe beschädigt wurden –, suchte die US-Regierung nach militärischen Optionen. Neun Tage nach dem Bombenanschlag in der Berliner Diskothek "La Belle" am 5. April 1985 befahl Präsident Reagan die Operation *Eldorado Canyon*. Achtzehn F-111 Kampfbomber bombardierten Ziele in Tripolis. Über 70 Marine- und Marinekorps-Kampflug- und Unterstützungsflugzeuge der Flugzeugträger *Coral Sea* und *America* griffen simultan Ziele in Benghazi an.

Gemessen an den militärischen Zielen und den tatsächlichen Zerstörungen kann nicht von einem Erfolg gesprochen werden. Nur zwei der F-111 Kampfbomber konnten ihre Bomben abwerfen oder Raketen abschießen; ein Flugzeug wurde abgeschossen. Beide Piloten kamen ums Leben. Auch die von den Flugzeugträgern gestarteten Flugzeuge hatten Schwierigkeiten; nur zehn Prozent der dafür vorgesehenen Flugzeuge brachten ihre Waffen ins Ziel. Noch bedeutsamer jedoch als die mangelnde Trefferquote auf militärische Ziele war der Schaden, der an der Zivilbevölkerung angerichtet wurde. In Benghazi trafen die Bomben ein Gaswerk und ein Krankenhaus, wobei zahlreiche Menschen getötet und verletzt wurden. In Tripolis trafen die US-Waffen die französische Botschaft und zahlreiche weitere zivil genutzte Gebäude. An den zivilen Opfern entzündete sich die internationale Kritik an der Politik der US-Regierung.

Die Wirkungen derartiger Vergeltungsmaßnahmen sind umstritten. Werden Terroristen durch Vergeltungsmaßnahmen abgeschreckt oder angestachelt? Während die Befürworter darauf verweisen, dass die libysche Regierung heute nicht mehr zu den Unterstützern von Terrorakten gehört, kommen die Gegner zu dem Schluss, dass Vergeltungsschläge die Spirale der Gewalt stärken und dass der Anschlag auf den Pan Am Flug 103 und der Absturz des Flugzeugs über Lockerbie im Jahr 1988 eine direkte Reaktion auf die Bombardierungen war.

Für zwei Anschläge in den Jahren 1995 und 1996 ist nach Ansicht der US-Regierung Usama Bin Ladens Netzwerk verantwortlich: der Anschlag auf ein Militärgebäude in Riad, Saudi-Arabien, durch den sieben Menschen ums Leben kamen, sowie der Angriff auf den Khobarurm in Dhahran, bei dem 19 amerikanische Soldaten der Luftwaffe getötet wurden. Trotz vieler Hinweise und Warnungen konnten auch die Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi, Kenia, und Daressalaam, Tansania am 7.

August 1998 nicht verhindert werden. Dort starben 224 Menschen und fast 5.000 Personen wurden verletzt.

Am 20. August 1998, weniger als drei Wochen nach den Bombenanschlägen, befahl Präsident Clinton die Operation *Infinite Reach* (grenzenloser Zugriff). US-Kriegsschiffe feuerten ungefähr 70 Tomahawk Marschflugkörper gegen als terroristisch eingestufte Ziele in Khartum (Sudan) und Khost (Afghanistan). Es entstanden massive Schäden. Die Menschen, die in Afghanistan starben – nach Angaben der Talibanregierung 21 Tote und dreißig Verletzte – wurden in den USA sämtlich als Terroristen bezeichnet. Im Sudan trafen die Marschflugkörper im Zentrum Khartums eine pharmazeutische Fabrik, die angeblich – von Bin Laden finanziert – Chemiewaffen herstellte. Eine der Raketen schlug in einer Süßwarenfabrik ein. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass von der US-Regierung keinerlei Nachweis für die Chemiewaffenproduktion vorgelegt werden konnte. Vielmehr hieß es, dass die Regierung und die Geheimdienste ihrer eigenen Geheimniskrämerei aufgesessen seien.

Wie inzwischen klar ist, gingen Experten der US-Marine im Frühjahr 2000 fälschlicherweise davon aus, dass durch diese Gegenmaßnahmen "Bin Ladens terroristische Organisation in die Defensive" gedrängt worden sei und nun, "statt Ressourcen und Aufmerksamkeit auf die Planung und Durchführung neuer Attacken zu fokussieren, einen Rückschlag erlitten habe und sich umgruppieren" müsse.¹¹

Begrenzte militärische Möglichkeiten – mit Kanonen in ein Hornissennest?

Zweifellos haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 dazu geführt, dass das Aufgabenspektrum der Streitkräfte in vielen Ländern erweitert wurde bzw. ausgebaut wird. Die Mehrzahl der Militärstrategen wie auch der Praktiker kommt zu dem Ergebnis, dass die Bekämpfung des Terrors *erstens* keine primär militärische Aufgabe ist, sondern dass vor allem die Gründe untersucht und berücksichtigt werden müssen, die Menschen veranlassen Terrorakte auszuführen. Es kommt darauf an, die *hearts and minds* der Betroffenen zu gewinnen. *Zweitens* sollten Gegenmaßnahmen vorrangig von einem zivilpolizeilichen Apparat durchgeführt und das Militär lediglich mit der Unterstützung von Polizei und Strafverfolgung beauftragt werden. *Drittens* sollte beim Einsatz von Militär in jedem Falle Zurückhaltung geübt und nicht mit großen Streitkräftekontingenten und massivem Waffeneinsatz operiert werden. Nicht nur militärische Logik erfordert dies, sondern vor allem auch die Gefahr unschuldige Opfer zu treffen. *Viertens* haben sich kollektive Vergeltungsmaßnahmen als kontraproduktiv erwiesen und zumeist einen Bumerangeffekt erzeugt. *Fünftens und letztens* sollten "Ausstiegsstrategien" vorhanden sein, wenn das Militär – trotz der bislang eher bescheidenen Erfolge in der Bekämpfung des Terrorismus – eingesetzt wird.

Offenkundig besteht eine Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik, gesellschaftlichem Druck und medial gesteuertem Aktionismus einerseits und der Rationalität des Militärischen andererseits. Für Militärstrategen ist klar (mehr als für manchen populistisch argumentierenden Politiker), dass Streitkräfte nicht zur Bekämpfung der Ursachen

¹¹ Mark E. Kosnik: The Military Response to Terrorism, in: Naval War College Review, 2/2000, S. 31.

des Terrorismus beitragen können und dem Militär in der Regel nicht die Hauptfunktion im Anti-Terrorkampf übertragen werden sollte. Typisch militärische Aufgaben sind etwa logistische Unterstützungsleistungen, Sicherung von Einrichtungen, Überwachung von Schifffahrtslinien, gezielte Luftschläge ebenso wie gelegentlicher Einsatz von Bodentruppen mit dem Ziel der Aufklärung, dem Schutz oder der Evakuierung von Personen. Der unmittelbare und offene Kampf gegen terroristische Gruppen oder Netzwerke ist nur in Ausnahmefällen möglich. Denn der internationale Terrorismus kommt zunehmend ohne eine territorial feste Infrastruktur aus. Der angegriffene Staat möchte zwar noch unter dem Schock des Angriffs reagieren, kann aber nicht ohne weiteres geeignete Ziele für Gegenschläge finden. Internationaler Terrorismus operiert entterritorialisiert; er verzichtet bis auf wenige territorial fixierte Ausbildungszentren und Rückzugsbasen auf territoriale Verwurzelung. Das Militär kann wegen der asymmetrischen Kampfform nicht die eigene Stärke oder waffentechnische Überlegenheit nutzen. Massiert eingesetzte Truppen können in der Regel wenig gegen in kleinen Gruppen organisierte und autonom operierende Zellen ausrichten. Dies gilt in ähnlicher Form auch für den Kampf gegen Terrorismus. Terroristen sind zwar schwächer und können die Streitkräfte nicht besiegen. Die Streitkräfte aber können auch die Terroristen nicht völlig ausschalten. Diese Erfahrungen der Streitkräfte aus der Vergangenheit bestätigen sich im Wesentlichen – soweit dies heute schon zu beurteilen ist – auch im Kampf gegen das Al Qaida-Netzwerk. Terroristen lassen sich nicht auf einen militärischen Kampf ein und können nur schwer mit den modernen Großwaffensystemen der Streitkräfte ausgeschaltet werden. Gegen den Terrorismus ist nicht eine primär militärische, sondern eine politische Strategie erforderlich, bei der die Streitkräfte Unterstützungsfunktionen wahrnehmen können. Sie können jedoch nicht den Terrorismus beseitigen.

Zudem wirft der internationale Einsatz des Militärs im Anti-Terrorkampf eine Menge Fragen auf. So beispielsweise nach der völkerrechtlichen Grundlage des Einsatzes von Militär (vgl. Beitrag 3.2.). Die Konsequenzen des Verwischens der klaren Grenze zwischen militärischen Einsätzen und polizeilichen Aktionen im Ausland, einer Unterscheidung, die innenpolitisch aus guten Gründen möglichst sorgfältig beachtet wird und zu einer klaren Arbeitsteilung zwischen Militär und Polizei geführt hat, werden kaum thematisiert. Rein militärische Vergeltungsaktionen führen möglicherweise zu einer Stärkung und weiteren Unterstützung der terroristischen Netzwerke.

Herbert Wulf